

Glossar

Agenda-Setting

Bei der Präsidentschaftswahl 1968 entwickelten Maxwell McCombs und Donald L. Shaw das Konzept, um die Beziehung zwischen medienrelevanten Themen und von der Öffentlichkeit als wichtig wahrgenommenen Themen zu beschreiben. Agenda-setting theory stellt dar, wie Massenmedien durch ihre Schwerpunktsetzung die Öffentlichkeit beeinflussen können. Verschiedene Prozesse sind Teil des Ausmaßes der Medienwirkung, wie z.B. Priming, Framing und Gatekeeping.

Dearing, James W./Rogers, Everett M. (1996): Agenda-setting, Thousand Oaks: Sage.
Maurer, Marcus (2017): Agenda-Setting, Baden-Baden: Nomos.
McCombs, Maxwell E./Shaw, Donald L. (1972): »The agenda-setting function of mass media«, in: Public opinion quarterly 36.2, S. 176–187.

Autonomy of Migration

Das Konzept »Autonomy of Migration« verbindet Kapitalismuskritik mit Migration. Seine Hauptthese lautet: »die Bewegung der Menschen geht den Bewegungen des Kapitals und der staatlichen Regulierung voraus und ist in einer statischen oder strukturellen Perspektive nicht fassbar« (Boutang 2007: 170). Dies bedeutet, dass das Kapital dort erscheint bzw. investiert wird, wo eine »bestimmte Quantität von Bevölkerung verfügbar ist, oder wo eine Bewegung dieser Bevölkerung sie für die Arbeit verfügbar macht«. Migrationsforscher Vassilis S. Tsianos sieht »Migration als Klassenkategorie« und behauptet: »Migration ist Mobilität von Arbeitskraft« (Tsianos 2017). Diese »wechselseitige Determinierung« unterliegt einer Form von Regierung, die Klassenverhältnisse in Einwanderungsgesellschaften entstehen lässt. Grenzen sind in dieser Perspektive »Disziplinierungsinstitutionen«, die Kapital kontrollieren und Widerstand hervorrufen. Migration selbst wird als autonom und nicht passiv gefasst, findet über systemübergreifend statt. Das Konzept wird dafür kritisiert, dass es unkontrollierte Migration romantisiert (Scheel 2013).

- Moulier Boutang, Yann (2007): »Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik«, in: Marianne Pieper et al. (Hg.), *Empirie und die biopolitische Wende*, Frankfurt a.M.: Campus, S. 169–178.
- Scheel, Stephan (2013): »Autonomy of Migration Despite Its Securitisation? Facing the Terms and Conditions of Biometric Rebordering«, in: *Millennium* 41.3, S. 575–600, <https://doi.org/10.1177/0305829813484186>.
- Tsianos, Vassilis (2017): »Die Macht der Migration«, in: Günter Piening, *Die Erweiterung des Terrains. Migrationspolitik als Transformationsprojekt. Eine Baustellenbesichtigung*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, <https://www.rosalux.de/publikation/id/14812/die-macht-der-migration/>.

Besonderung

Der Begriff der Besonderung knüpft an den Begriff des Othering aus der postkolonialen Theorie an und kann als Alternative verstanden werden. Er soll die spezifischen Charakteristika der Erfahrungen von Jüdinnen und Juden in christlichen bzw. säkularisiert-christlichen Gesellschaften fassen und beschreiben, wie sie als »besonders markiert und damit zu ›Anderen‹ gemacht« werden (Reimer-Gordinskaya/Tzschiesche 2020: 16). Ein Beispiel ist die israelbezogene projektive Besonderung, bei der Jüdinnen und Juden von nichtjüdischen Menschen mit dem Staat Israel und dessen Politik identifiziert oder gleichgesetzt werden (ebd.: 19f.).

Reimer-Gordinskaya, Katrin/Tzschiesche, Selana (Hg.) (2020): *Der Berlin-Monitor. Antisemitismus – Heterogenität – Allianzen. Forschungsbericht zum ersten Schwerpunkt der Aktivierenden Befragung im Berlin-Monitor*, Berlin: zu Klampen Verlag.

Best Practice

Der Begriff »Best Practice« steht für Methoden, Praktiken oder Verfahren, die erprobt sind und für eine bestimmte Gruppe sehr gut funktionieren. Turner et al. (2014) verwenden diesen Begriff in Bezug auf Politiken, die migrantische Arbeiter*innen betreffen. Die Schnittstelle von Migration und ungleichen Arbeitsverhältnissen muss betrachtet werden, um die Best Practice erfolgreich umzusetzen, da Personen primär für bessere Arbeitschancen auswandern und dies von einer Konzentration von Vermögen gesteuert wird (Turner et al. 2014: 3). Die Autor*innen stellen die wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft dar und verdeutlichen, dass immer mehr migrantische Arbeiter*innen Niedriglohnstellen besetzen (müssen) (ebd.: 8, 14). Sie sehen die CLEAN Autowasch-Kampagne (2008 bis 2012) in Los Angeles als Beispiel für eine Best Practice. Diese Kampagne verknüpfte den Kampf für die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte von Migrant*innen mit

Zivilorganisationen und Gewerkschaften in ein gemeinsames Bündnis (ebd.: 26). Die Arbeitsbedingungen von Autowascharbeiter*innen wurden in diesem Gemeinschaftsnetzwerk verbessert; zudem wurde die gesellschaftliche Partizipation und die öffentliche Auseinandersetzung mit der Politik der Einbeziehung und Inklusion gefördert.

Turner, Lowell/Tapia, Maite/Adler, Lee H. (2014): *Mobilizing Against Inequality: Unions, Immigrant Workers, and the Crisis of Capitalism*, Ithaca: Cornell University Press.

BIPoC

Das Akronym BIPoC steht für »Black, Indigenous, People of Color«. Bei den Bezeichnungen »Schwarz«, »Indigen« und »People of Color« handelt es sich um politische Selbstbezeichnungen von Menschen, die Rassismus erfahren. Die Abkürzung entstand innerhalb von antirassistischen Kämpfen der 1960er Jahre in den Vereinigten Staaten und betont die gemeinsamen Erfahrungen und politischen Allianzen. Mit der Veröffentlichung des Bandes *re/visionen* (2007) hat die Selbstbezeichnung »PoC«, »BPoC« und »BIPoC« Einzug gehalten in den deutschen (Sprach-)Kontext.

Eggers, Maureen Maisha et al. (Hg.) (2005): *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*, Münster: Unrast.

Ha, Kien Nghi, Nicola Lauré al-Samarai, und Sheila Mysorekar (2007): *re/visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland*, Münster: Unrast, 2007.

Ha, Noa K. (2023): »People of Color«, in: Inken Bartels, Isabella Löhr, Christiane Reinecke, Philipp Schäfer, Laura Stielike (Hg.), *Inventar der Migrationsbegriffe*, 27.02.2023. Online: www.migrationsbegriffe.de/peopleofcolor, DOI: <https://doi.org/10.48693/264>.

Kilomba, Grada (2008): *Plantation Memories: Episodes of Everyday racism*, Münster: Unrast.

BLM

BLM steht für »Black Lives Matter« (Schwarze Leben zählen) und ist eine in den USA im Jahr 2013 entstandene internationale Bewegung. Sie entstand in dieser Form als Reaktion auf den Freispruch von George Zimmerman, der den Schwarzen Jugendlichen Trayvon Martin im Jahr 2012 erschossen hatte, und setzt sich vor allem gegen rassistische Gewalt ein. Die Bewegung gewann durch verschiedene Aktionen an Relevanz, vor allem bei Protesten nach einer Reihe von Tötungen von Schwarzen Personen durch US-Polizisten, darunter die Tötung von Michael Brown in Ferguson

im Jahr 2014, Aura Rosser, ebenfalls 2014, Philando Castile im Jahr 2016, Atatiana Jefferson im Jahr 2019 sowie George Floyd und Breonna Taylor im Jahr 2020. Unter dem Slogan »Black Lives Matter« entstanden bald auch internationale Ableger und organisierten global Demonstrationen gegen rassistische Polizeigewalt und strukturellen Rassismus.

Boatpeople

Ist ursprünglich eine Fremdbezeichnung für diejenigen Menschen, die im Zuge des Vietnamkriegs mithilfe von Booten geflüchtet sind. Die Bezeichnung wird heute noch verwendet für Geflüchtete, die ihre Flucht über den Seeweg antreten. Im deutschen Kontext wurde diese Bezeichnung erstmals 1978 in der medialen Berichterstattung für die große Anzahl an südvietnamesischen Geflüchteten verwendet; dieses Ereignis stellt einen Wendepunkt der »humanitären Flüchtlingshilfe« der BRD dar (Kleinschmidt 2013). Die Kategorie Boatpeople ist ein selektives Wortfeld und wird austauschbar mit Begriffen wie »illegale« Zuwander*innen und »Flüchtlinge« verwendet (O'Doherty/Lecouteur 2007: 10). Mediale Diskursanalysen bestätigen, dass diese sozialen Kategorien auf Generalisationen basieren (ebd.). Die Bezeichnung depersonalisiert, objektifiziert und illegalisiert Migrant*innen (Bradimore/Bauder 2012: 640). Damit verzerrt der Ausdruck das Bild von Migrant*innen und soll Forderungen nach staatlichen Maßnahmen Nachdruck verleihen (ebd.: 649). Unter anderem dient der Begriff dazu, Abschiebungsgesetze und Festnahmen zu legitimieren (O'Doherty/Lecouteur 2007: 9).

Bradimore, Ashley/Bauder, Harald (2012): »Mystery ships and risky boat people: Tamil refugee migration in the newsprint media«, in: Canadian journal of communication 36.4, S. 637–661.

Kleinschmidt, Julia (2013): »Die Aufnahme der ersten ›boat people‹ in die Bundesrepublik«, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 26.11.2013, [https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/170611/die-aufnahme-der-ersten-boat-people-in-die-bundesrepublik/\(letzter Zugriff: 22.06.2023\)](https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/170611/die-aufnahme-der-ersten-boat-people-in-die-bundesrepublik/(letzter%20Zugriff:22.06.2023)).

O'Doherty, Kieran/Lecouteur, Amanda (2007): »Asylum seekers«, »boat people« and »illegal immigrants«: Social categorisation in the media«, in: Australian journal of psychology 59.1, S. 1–12.

Chauvinismus

Der Begriff Chauvinismus stammt aus dem Französischen und beschreibt die Überzeugung, einer Gruppe, vor allem aber einer Nation anzugehören, die anderen Gruppen bzw. Nationen überlegen ist. Während chauvinistische Einstellungen in den Sozialwissenschaften als rechtsextremistisch gelten, werden sie darüber hinaus als Brücke zwischen Nationalismus und Imperialismus beschrieben (Arendt

1945: 457). Arendt grenzt Chauvinismus vom Imperialismus jedoch deutlich ab, wenn sie schreibt: »In contrast to imperialism, chauvinism is an almost neutral product of the national concept insofar as it springs directly from the old idea of the ›national mission.« It has a logical affinity with expansion because a nation's mission might be interpreted precisely as bringing its light to other, less fortunate peoples that, for whatever reasons, have miraculously been left by history without a national mission.« (Ebd.) Seit den 1970er Jahren wird der Begriff »Chauvinist« außerdem für Männer verwendet, die sich Frauen überlegen fühlen.

Arendt, H. (1945). Imperialism, Nationalism, Chauvinism, in: *The Review of Politics* 7.4, S. 441–463. <https://doi.org/10.1017/S0034670500001649>.

Bundeszentrale für politische Bildung (o.J.): »Chauvinismus«, in: *Glossar Rechtsextremismus*, Bundeszentrale für politische Bildung, [https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500768/chauvinismus/\(letzter Zugriff: 07.06.2023\)](https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500768/chauvinismus/(letzter%20Zugriff%3A%2007.06.2023)).

Für weitere Informationen siehe **Sozialchauvinismus**.

Colonial Imaginary

Der Begriff »colonial imaginary« beschreibt die hegemonialen Darstellungen und kolonialen Verständnisse des Westens, der sich in den Mittelpunkt der Geschichtsschreibung stellt und das Konzept der »Modernität« verwendet, um sich hierarchisch über andere Länder zu stellen. Diese rassistische Perspektive der westlichen Welt findet sich in der kolonialen Propaganda wieder, die entsprechende Erwartungen des adressierten Publikums bediente. Sei es in der Satire oder in anderen medialen und sozialen Repräsentationen: Es wurden rassifizierte Darstellungen von Personen afrikanischer Herkunft entwickelt, um die derart dargestellten Menschen(-Gruppen) herabzusetzen und imaginäre Narrative zu naturalisieren. Somit wurden die Interessen einer westlichen/europäischen und kapitalistischen Gesellschaft durch koloniale Beziehungen strukturiert und ein dominantes Weltbild fabriziert (Stein/Adreotti 2017: 1). Orientalismus wurde verwendet, um die Unterschiede Europas zu Asien und Afrika, bzw. zwischen einer imperialistischen und einer kolonisierten Welt, zu markieren und eurozentristische Perspektiven sowie ebensolches Wissen zu fördern (Mignolo 2000).

»Colonial imaginary« bringt die Kontinuität von Kolonialismus zum Ausdruck. Die stereotypen Verständnisse der Unterschiede zwischen Menschen wurden von den Bedingungen der kolonialen Inbesitznahme des Westens gesteuert. Damit wurden rassifizierte Darstellungen und die Sprache über nationale Grenzen hinweg verändert, diese Veränderungen haben Repräsentation von kolonisierten Subjekten definiert. Hierarchien der Rassifizierung sind bei verschiedenen Kulturen zu erkennen; Kolonialismus hat somit einen allgegenwärtigen und kontinuierlichen

Einfluss. Imaginäre, kolonisierte Gruppen und der Rest der Welt sind nicht frei von dieser Definitions- und Repräsentationsmacht der westlichen Welt (Ballard 2006: 134–147).

Ballard, Chris (2006): »Strange alliance: Pygmies in the colonial imaginary«, in: World Archaeology 38.1, S. 133–151.

Mignolo, Walter (2000): »The many faces of cosmo-polis: Border thinking and critical cosmopolitanism«, in: Public culture 12.3, S. 721–748.

Stein, Sharon/de Oliveira Andreotti, Vanessa (2017): »Higher education and the modern/colonial global imaginary«, in: Cultural Studies ↔ Critical Methodologies 17.3, S. 173–181.

Colorism

Das Konzept »colorism« beschreibt die Aufwertung *weißer* Phänotypen, eine Praktik, die mit dem Kolonialismus und *weißer* Vorherrschaft entstanden ist. Welche Personen als *weiß* gelten, basiert dabei auf einer Wahrnehmung von Haartextur, Hautfarbe, Gesichtszügen, Bildung und Einkommen. Colorism ist eine Praktik, die innerhalb und zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen variieren kann. Beispielsweise wurde im amerikanischen Kontext der sogenannte Paper-Bag-Test verwendet, um die Zutrittsberechtigung einer Person zu Kirchen oder kulturellen Einrichtungen zu überprüfen; Personen, deren Hautfarbe dunkler als die einer Papiertüte war, wurden von diesen Räumen ausgeschlossen. Colorism bezeichnet auch diskriminierende Praktiken innerhalb einer Gruppe rassistisch markierter Menschen, in denen häufig Personen bevorzugt werden, die im Vergleich einen helleren Phänotyp haben, auch wenn sie nicht oder nicht immer *weiß* gelesen werden.

Burton, Linda M. et al. (2010): »Critical race theories, colorism, and the decade's research on families of color«, in: Journal of Marriage and Family 72.3, S. 440–459.

Hall, Ronald E. (2005): »From the psychology of race to the issue of skin color for people of African descent«, in: Journal of Applied Social Psychology 35.9, S. 1958–1967.

Critical Whiteness

Critical Whiteness versteht *Weißsein* als System, das soziale Strukturen ordnet. Es hat mehrere Funktionen und ist vor allem eine historische Kontinuität, die Privilegien für eine bestimmte Gruppe aufrechterhält (Owen 2007: 209). *Weißsein* normalisiert die Werte und Interessen der Personen, die als *weiß* rassifiziert werden (ebd.: 211). Diese Perspektive basiert auf den Annahmen, dass *Weißsein* eine moder-

ne Erfindung ist, eine bestimmte soziale Norm reproduziert, einen Indikator für bestimmte Privilegien darstellt und als Struktur dekonstruiert werden kann (Nayak 2007: 738).

Nayak, Anoop (2007): »Critical whiteness studies«, in: *Sociology Compass* 1.2, S. 737–755.

Owen, David S. (2007): »Towards a critical theory of whiteness«, in: *Philosophy & Social Criticism* 33.2, S. 203–222.

Diaspora/diasporisch

Der Begriff »Diaspora« kommt aus dem Griechischen und steht für Zerstreuung oder Verbreitung. Ursprünglich wurde er benutzt, um das Exil von Jüdinnen und Juden und ihre Zerstreuung in verschiedene Weltteile zu beschreiben. Damals hatte der Begriff vordergründig eine negative Assoziation, da er für das unfreiwillige Leben im Exil stand (Mayer 2015: 8). Mittlerweile hat sich die Verwendung und Bedeutung des Begriffs weiterentwickelt und geöffnet und wird stetig weiter ausgehandelt. William Safran (1991: 83f.) versuchte diesen Bedeutungswandel zu fassen, indem er eine Definition mit sechs Kriterien erarbeitete. Für ihn ist eine Diaspora eine Gemeinschaft von migrierten Menschen, die an mindestens zwei Orten verstreut sind, eine gemeinsame Erinnerung und Vision der Heimat teilen, Diskriminierung im Gastland erfahren, in ihre Heimat zurückkehren möchten, ihre Heimat wieder aufbauen wollen und die durch ein heimatbezogenes Gruppenzugehörigkeitsgefühl und eine Solidarität verbunden sind. Diese Systematisierung wurde kritisiert, da sie auf viele Gemeinschaften nicht zutrefte und insbesondere das Kriterium des Rückkehrwunsches nicht mehr aktuell sei (Mayer 2015: 10).

Mayer, Ruth (2015): *Diaspora: Eine kritische Begriffsbestimmung*, Bielefeld: transcript Verlag.

Safran, William (1991): »Diasporas in Modern Societies. Myths of Homeland and Return«, in: *Diaspora* 1.1, S. 83–89.

Diskursanalyse

In den verschiedenen Sozial- und Geisteswissenschaften werden der Diskursbegriff wie auch der Begriff der Diskursanalyse uneinheitlich verwendet. Unter Diskursen werden im wissenschaftlichen Kontext historisch wandelbare Wissenssysteme und Vorstellungswelten mit ihren spezifischen Begriffen verstanden. Im Allgemeinen werden in sozialwissenschaftlichen Diskursanalysen die Zusammenhänge zwischen sprachlichen Handlungen und gesellschaftlichen und institutionellen Strukturen untersucht. Die Diskursanalyse folgt dabei der Idee, dass über den

mündlichen und schriftlichen Sprachgebrauch die soziale Wirklichkeit erst entsteht und diese somit durch Dekonstruktion und Rekonstruktion der Sprachhandlungen bloßgelegt werden kann (Keller et al. 2001: 3).

Foucault, Michel (2007): Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt a.M.: Fischer.

Keller, Reiner et al. (2001): »Zur Aktualität sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse – Eine Einführung«, in: Reiner Keller et al. (Hg.), Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. I: Theorien und Methoden, Opladen: Leske + Budrich, S. 7–27.

Disposition

Die Zuschreibung einer Disposition ist eine Form von Rassismus, die kulturelle und biologische Unterschiede zwischen Menschen verschiedener ethnischer Herkunft fabriziert und damit rassistische Annahmen über die Identitäten marginalisierter Menschen gesellschaftlich verankert. Imperialistische Diskurse bewerten das moralische Verhalten und die kulturelle Kompetenz von Nationen und von Personen, denen eine abweichende ethnische Herkunft zugeschrieben wird, und konstruieren damit eine eigene rassistische Disposition (Stoler 2001: 846). Basierend auf rassistischen Dispositionen wird beispielsweise entschieden, wem eine Staatsbürgerschaft gegeben werden sollte und wem nicht (ebd.). Es werden also »Identitäten gesellschaftlich stigmatisiert und somit zum Bezugspunkt konfliktträchtiger Interaktionen« (Zick et al. 2017: 45). Dispositionen treten beispielsweise im politischen Diskurs auf, wenn sich auf vermeintlich angeborene Fähigkeiten von Personengruppen berufen wird oder wenn evaluiert wird, wer bedürftig ist für Sozialhilfe bzw. wer sie verdient (Stoler 2001: 856).

Stoler, Ann L. (2001): »Tense and tender ties: The politics of comparison in North American history and (post) colonial studies«, in: The Journal of American History 88.3, S. 829–865.

Zick, Andreas et al. (2017): Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Bielefeld: Universität Bielefeld.

Environmental Racism

Die Umweltpolitik benachteiligt Individuen auf eine Weise, die rassistische Effekte hat, und ist in den kolonialen Strukturen der Vertreibung, Enteignung und Marginalisierung verankert. Das Konzept »Environmental Racism« beschreibt, wie vulnerable Communitys umweltschädlichen Industrien ausgesetzt sind. Durch die Überrepräsentation weißer Personen in den Gruppen, die beispielsweise darüber

entscheiden, wo sich Abfallentsorgungsanlagen befinden, werden die Belange von *weißen* Menschen bevorzugt und die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Interessen rassistisch markierter Menschen dagegen vernachlässigt (Waldron 2018: 36f.). Strukturen sozialer Ungleichheit und unterschiedliche Machtverhältnisse von Akteuren determinieren, welche Räume von bestimmten Menschen eingenommen werden dürfen. Rassialisierungsprozesse strukturieren die Ressourcenverteilung im öffentlichen Raum, lassen Hierarchien entstehen und sind Formen der räumlichen Gewalt (Waldron 2018: 39f.).

Waldron, Ingrid (2018): »Re-thinking waste: mapping racial geographies of violence on the colonial landscape«, in: *Environmental Sociology* 4.1, S. 36–53.

Essentialisierung

Mit Essentialisierung werden bestimmte, wahrgenommene Merkmale einer Person, einer Gruppe usw. als für sie wesenhaft betrachtet. Durch stereotype Zuschreibungen findet eine »ideologische Homogenisierung der rassistisch-ethnisch essentialisierten Gruppen« statt (ebd.). Daraus entstanden historisch auch neue kollektive Identitätskonstrukte der kolonialisierten Subjekte. Diese kollektiven Identitäten wurden etwa verwendet, um das geteilte Leid infolge des transatlantischen Sklavenhandels zu erfassen (ebd.: 142f.). Die Mehrheitsgesellschaft trägt die Verantwortung für die Erfindung einer kulturellen Identität der ausgebeuteten und diskriminierten Gruppe (ebd.). »Racial essentialism« basiert auf der Annahme, dass sich das biologische Wesen oder kulturelle Merkmale zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen unterscheiden (Soylu et al. 2017: 2). »Strategischer Essentialismus« wird als eine »kollektive, performative und auf bestimmte politische Ziele gerichtete Reaktion postkolonialer Akteure auf homogenisierende koloniale Identitätszuschreibungen« beschrieben (Mackenthun 2017: 142).

Harris, Angela P. (1990): »Race and essentialism in feminist legal theory«, in: *Stanford Law Review* 42.3, S. 581–616.

Ho, Arnold K./Roberts, Steven O./Gelman, Susan A. (2015): »Essentialism and racial bias jointly contribute to the categorization of multiracial individuals«, in: *Psychological science* 26.10, S. 1639–1645.

Mackenthun, Gesa (2017): »Essentialismus, strategischer«, in: *Handbuch Postkolonialismus und Literatur*, Stuttgart: J.B. Metzler, S. 142–144.

Soylu Yalcinkaya, Nur/Estrada-Villalta, Sara/Adams, Glenn (2017): »The (biological or cultural) essence of essentialism: Implications for policy support among dominant and subordinated groups«, in: *Frontiers in psychology* 8, <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2017.00900>.

Ethnisierung/ethnisierter Blick

Der Begriff der Ethnisierung beschreibt die Zuordnung von Personen zu einer »Ethnie« auf der Basis bestimmter Merkmale. Dabei kann es sich sowohl um Selbst- als auch Fremdethnisierung handeln (Migrationsrat Berlin e.V. 2020). Der Begriff der Ethnisierung wird zudem gebraucht, um zu beschreiben, wie soziale Konflikte und Probleme, wie sexualisierte Gewalt oder Kriminalität, ethnischen Gruppen zugeschrieben werden (vgl. Sanders et al. 2020; Jäger 2003; Jennissen/Zech 2022). Es handelt sich also um einen ähnlichen Mechanismus wie den der Kulturalisierung.

Jäger, Margarete (2003): »Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs. Analyse einer Diskursverschränkung«, in: Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse [Online], Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 421–437.

Jennissen, Tom/Zech, Louisa (2022): »Mythos ›Clankriminalität‹: Die Ethnisierung von Kriminalität«, in: CILIP 129, 12. August 2022, <https://www.cilip.de/2022/08/12/mythos-clankriminalitaet-die-ethnisierung-von-kriminalitaet/> (letzter Zugriff: 22.06.2023).

Migrationsrat Berlin e.V. (2020): »Ethnisierung«, in: Begriffsglossar, <https://www.migrationsrat.de/glossar/ethnisierung/> (letzter Zugriff: 07.06.2023).

Sanders, Eike et al. (2020): Frauen*rechte und Frauen*hass: Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt, 2. Aufl., Berlin: Verbrecher Verlag.

Exotisierung

Exotisierung ist eine Form des Otherings. Dabei werden bestimmte Eigenschaften wie »eine besondere Naturverbundenheit, freizügige Sexualität, gesunde Körperlichkeit oder Emotionalität« rassifizierten Menschen zugeschrieben und als Grundlage für ihre vermeintliche Andersartigkeit genutzt. Im Umkehrschluss dienen diese Zuschreibungen der Versicherung der Identität weißer Individuen (IDA e.V.). Exotisierung zeigt sich etwa in Sachbüchern für Kinder und Jugendliche, in denen Personen aus bestimmten Regionen mit Gruppenkonstruktionen in Zusammenhang gebracht werden. Ein »Kausalzusammenhang zwischen Aussehen und Herkunft« wird konstruiert und es werden rassistische Bilder bei der Exotisierung reproduziert. Beispielsweise wurden Schwarze Personen in »dörflichen Strukturen ohne Steinbauten« als Bevölkerungsgruppe dargestellt und als Personen mit »freizügiger Sexualität« charakterisiert (Fereidooni 2017: 256, 259). Exotisierung äußert sich auch in der »Faszination für das ›Fremde‹« und dem Wunsch, die vermeintliche »Andersheit« zu konsumieren (IDA e.V.).

Fereidooni, Karim/El, Meral (Hg.) (2017): Rassismuskritik und Widerstandsformen, Wiesbaden: Springer-Verlag.

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA) e.V.: *Glossar*, https://www.idaev.de/researchtools/glossar?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=show&tx_dpnglossary_glossary%5Bterm%5D=177&tx_dpnglossary_glossarydetail%5Bcontroller%5D=Term&cHash=e10fc5cff3d64e842267e3d940a5e303.

Frame/Framing

Der Begriff »Frame« wurde von dem amerikanischen Soziologen Erving Goffman 1974 eingeführt und beschreibt eine konstruierte Wahrnehmung der Realität. Frames sind demnach »Sinnhorizonte [...], die gewisse Informationen und Positionen hervorheben und andere ausblenden« (Matthes 2014: 10). Frames basieren auf Auswahl und erleichterter Wahrnehmbarkeit (Selektion und Salienz), weil sie eine bestimmte Perspektive auf Probleme, Interpretationen und Bewertungen einnehmen, um eine bestimmte Botschaft zu kommunizieren (Entman 1993: 52).

Entman, Robert M. (1993): »Framing: Toward clarification of a fractured paradigm«, in: *Journal of Communication* 43.4, S. 51–58, <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1993.tb01304.x>

Goffman, Erving (1974): *Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Matthes, Jörg (2014): *Framing*, Baden-Baden: Nomos, S. 9–23, https://doi.org/10.5771/9783845260259_9.

Gatekeeper/Gatekeeping

Kurt Lewin beschrieb 1943, wie Informationen durch verschiedene Wege (*gates*) in einem regulierten »Gatekeeping«-Prozess verarbeitet und gefiltert werden. »Gatekeeper« sind dabei die Akteur*innen, die entscheiden können, welche Informationen die Öffentlichkeit und das Individuum erreichen. Deshalb werden manche Themen von Massenmedien aufgegriffen, während andere nicht berücksichtigt werden. Der Begriff wird im Journalismus, in den Kommunikationswissenschaften, Politikwissenschaften und der Soziologie verwendet.

Lewin, Kurt (1943): »Forces Behind Food Habits and Methods of Change«, in: *The Problem of Changing Food Habits. Report of the Committee on Food Habits*, Washington, D.C.: National Academy of Sciences, S. 35–65.

Roberts, Chris (2005). *Gatekeeping theory: An evolution*, Konferenzbeitrag auf dem Meeting der Association for Education in Journalism and Mass Communication, San Antonio, TX, August, S. 1–17.

Shoemaker, Pamela J./Vos, Tim (2009): *Gatekeeping theory*, New York: Routledge.

Genozid

Der Begriff »Genozid« (aus altgriechisch *genos*, Geschlecht, Stamm, Nachkomme, Volksstamm, Volk und lateinisch *caedere*, töten, morden) oder »Völkermord« bezeichnet die Verwirklichung der Absicht, eine nationale, ethnische, religiöse, politische, soziale, geschlechtliche oder wirtschaftliche Gruppe, wie sie vom Täter definiert wird, in ihrer Gesamtheit zu ermorden, unabhängig davon, wie erfolgreich dies geschieht. Der Begriff wurde erstmals 1944 während des Zweiten Weltkriegs von Raphael Lemkin unter dem Eindruck der Vernichtung der Armenier (1915–1916) sowie der nationalsozialistischen Vernichtung der europäischen Juden, dem Holocaust, (1941–1945) formuliert. Er prägte die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 9. Dezember 1948 als Resolution verabschiedet wurde und am 12. Januar 1951 als Vertrag in Kraft trat, und unterliegt seither zahlreichen wissenschaftlichen Debatten, die den Begriff des Völkermordes in statischer oder dynamischer formulierte (rechtliche) Rahmen einordnen.

Jones, Adam (2006): *Genocide. A Comprehensive Introduction*, London/New York: Routledge.

Grenzregime

Ein Grenzregime bezeichnet staatliche und nichtstaatliche Praktiken der Grenz- und Migrationskontrolle, welche als Zusammenspiel unterschiedlicher politischer Diskurse, Normen, Praktiken und Akteure im Rahmen gesellschaftlicher Machtverhältnisse wirken und von Migrationsbewegungen selbst beeinflusst werden. Ein Grenzregime hat unmittelbare Auswirkungen auf die Durchlässigkeit nationaler Grenzen sowie den Umgang mit Grenzüberschreitung. Während sich auf nationalstaatlicher Ebene Kontrollansätze an der Logik von Territorium und Repression orientieren, wie etwa das Grenzregime der DDR mit der Etablierung von Grenztruppen, Schießbefehlen und dem Bau der Berliner Mauer, so wurden auf Ebene der EU zunehmend neue Ansätze entwickelt, die sich auf dynamischere Grenzen abgestufter Rechte stützen und Akteure aus dem Bereich der Zivilgesellschaft und aus internationalen Organisationen einbinden (z.B. UNHCR, Frontex).

Fiedler, Mathias et al. (2017): »Umkämpfte Bewegungen nach und durch Europa. Zur Einleitung«, in: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 3.1, S. 9–19.

Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hg.) (2010): *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin/Hamburg: Assoziation A.

Illegalisiert

Die Migrationsdiskurse beruhen auf Narrativen, die geflüchtete Menschen illegalisieren. Ihnen werden in dem Land, in das sie geflüchtet sind, fundamentale Rechte verwehrt. Das Konzept der Illegalisierung basiert auf Legalität und ist daher nicht außerhalb des rechtlichen Rahmens greifbar. Der sozio-politische Diskurs ist ein Produkt von Migrationsgesetzen, er naturalisiert den »illegalen« Status von Migrant*innen (De Genova 2022: 431f.) und stellt geflüchtete Menschen als Problem dar. Diese Sichtweise wird instrumentalisiert, um politische Ziele, wie Abschiebungen, innerhalb verschiedener Grenzregime durchzusetzen (ebd.: 419). Geflüchtete Menschen bekommen aufgrund von ihrem konstruierten »illegalen« Status keinen rechtlichen Schutz (ebd.: 439). Dieses epistemologische Konstrukt ist ein Teil eines Othering-Prozesses, da Personen, die keine Staatsbürger sind, stigmatisiert und als Gefahr dargestellt werden (ebd.: 425). Der Ausdruck »illegale« Zuwander*innen stigmatisiert Migrant*innen als kriminelle Personen (Andersson 2014: 17).

Andersson, Ruben (2014): *Illegality, Inc.: Clandestine migration and the business of bordering Europe*, Oakland: Univ of California Press.

De Genova, Nicholas P. (2002): »Migrant »illegality« and deportability in everyday life«, in: *Annual review of anthropology* 31, 419–447.

Informalisierung

Irreguläre Migrant*innen, die auch als »illegale« oder »undokumentierte« Personen kategorisiert werden, müssen aufgrund ihres Aufenthaltsstatus in einem Land informelle und prekäre Arbeitsverhältnisse eingehen (van Meeteren 2013). Sie können leicht ausgebeutet werden und arbeiten oft unter dem offiziellen Mindestlohn. Diese Personen sind in ihren Möglichkeiten, Arbeit und Wohnraum zu finden, stark eingeschränkt. Van Meeteren (2013) benennt die drei Optionen, die Personen ohne Arbeitserlaubnis haben, um überleben zu können: Sie können ein informelles Arbeitsverhältnis eingehen, gefälschte Arbeitsunterlagen verwenden oder sich selbstständig machen. Wenn sich herausstellt, dass informelle Arbeit geleistet wird, führt dies zur Abschiebung von Migrant*innen. Diese Art Arbeit ist somit zwar oft die einzige Möglichkeit, den Lebensunterhalt zu bestreiten, gleichzeitig aber ein Hindernis für den Weg in die Legalität, den viele anstreben. Die Informalisierung der Arbeitsverhältnisse führt dazu, dass sich die informelle Arbeit von Migrant*innen immer weiter verschlechtert und in einen *underground* (Untergrund) rutscht, da die betroffenen Personen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind.

Van Meeteren, Masja (2013): »Informal labor and irregular migrant workers«, in: I. Ness (Hg.), *The Encyclopedia of Global Human Migration*, Wiley Online Library, https://doi.org/10.1002/9781444351071.wbeghm302_

Kollektivsymbol

Kollektivsymbole stellen sprachlich, bildlich oder schematisch realisierte Symbole dar, welche zum kommunikativen und kulturellen Gemeinbesitz einer Gesellschaft gehören. Sie werden wiederholt von unterschiedlichen Akteuren aufgegriffen, um Ereignisse zu deuten sowie komplexe Zusammenhänge zu vereinfachen und verhandelbar zu machen. Sie sind überwiegend metaphorisch und werden in vertraute Erfahrungssphären projiziert. Somit stellen sie geteilte Bildräume dar und verraten etwas über den grundsätzlichen Weltbezug einer Gesellschaft. Als Beispiel für Kollektivsymbolik gilt zum Beispiel das Orientierungsschema des politischen Raumes mit den Positionen Links-Mitte-Rechts. Kollektivsymbolik kann aber auch kulturelle Stereotype reproduzieren und unterscheiden, was in einer Gesellschaft als normal oder abweichend angesehen wird. So werden in Deutschland in der Diskussion um Migration kollektive Symbole wie Überflutung, Welle oder Boot verwendet, die Migration in der Symbolik von Bedrohung und Naturkatastrophen verorten.

Becker, Frank/Gerhard, Ute/Link, Jürgen (1997): »Moderne Kollektivsymbolik. Ein diskurstheoretisch orientierter Forschungsbericht mit Auswahlbibliographie (II)«, In: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur (IASL) 22, S. 70–154.

Link, Jürgen (1978): Die Struktur des Symbols in der Sprache des Journalismus. Zum Verhältnis literarischer und pragmatischer Symbole, München: Fink.

Kritische Theorie

Die Kritische Theorie ist eine Gesellschaftstheorie, die am Institut für Sozialforschung in Frankfurt a.M. entwickelt wurde und deshalb auch »Frankfurter Schule« genannt wird (Waschkuhn 2015: 1). Die Anfänge der Kritischen Theorie liegen in den 1930er Jahren in dem Kreis um Max Horkheimer, der eine Weiterentwicklung marxistischer Theorie verfolgte. Zentrale Vertreter der Kritischen Theorie, darunter Herbert Marcuse, Erich Fromm und Theodor W. Adorno, gingen während des Nationalsozialismus in die USA ins Exil, manche kehrten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nach Frankfurt a.M. zurück (Winter 2015: 25). Auch wenn die Kritische Theorie ein heterogenes Feld an Forschung und Theoriebildung umfasst, ist eine Gemeinsamkeit der »kritisch-normative« Anspruch und ein »emanzipatorisches Erkenntnisinteresse« (Waschkuhn 2015: 13).

Waschkuhn, Arno (2015): Kritische Theorie: Politikbegriffe und Grundprinzipien der Frankfurter, München/Wien: Oldenbourg Verlag.

Winter, Rainer (2015) »Kritische Theorie jenseits der Frankfurter Schule? Zur aktuellen Diskussion und Bedeutung einer einflussreichen Denktradition«, in: Rai-

ner Winter/Peter V. Zima, Kritische Theorie heute, Bielefeld: transcript Verlag, S. 23–46.

Kulturalisierung

Kulturalisierung bezeichnet eine unterstellte kausale Beziehung zwischen der Herkunft einer als kohärent gedachten sozialen Gruppe und dem sozialen Handeln ihrer Mitglieder. Der Verweis auf Kultur setzt dabei eine Andersartigkeit (im Vergleich zur Dominanzgesellschaft) voraus, die eine Sonderbehandlung der besagten Gruppe rechtfertigen soll. Durch die Zuschreibung einer kollektiven Einheit wird der soziale Raum symbolisch aufgespannt und unterteilt, Individuen und Gruppen als berechenbare Subjekte konstruiert. Die Assoziation von kulturellen Kategorien und bestimmten Persönlichkeitseigenschaften und Fähigkeiten (z.B. Temperament, Fleiß, Sportlichkeit) behandelt diese Merkmale als unveränderbare, teilweise biologische Eigenschaften einer Gruppe und verschleiert damit den rassistischen Inhalt der Aussagen oder Handlungen, die damit einhergehen. Für Betroffene kann Kulturalisierung dieselben Konsequenzen wie offen rassistische Diskriminierung haben.

Tezcan, Levent (2011): »Varieties of culturalization«, in: Zeitschrift für Kulturphilosophie 2011.2, S. 357–376, <https://doi.org/10.28937/1000106591>.

Learned Helplessness

»Learned Helplessness« ist ein Konzept aus der Psychologie, welches 1967 von James Bruce Overmier und E. P. Seligman entwickelt wurde. Es beschreibt einen apathischen Zustand bei Menschen oder Tieren, in dem Situationen nicht mehr versucht werden zu ändern, auch wenn Veränderung möglich wäre. Diese Hilflosigkeit entsteht, wenn Menschen oder Tiere wiederholt stressigen, unkontrollierbaren Situationen ausgesetzt sind. Learned Helplessness führt laut Coleman (2015) dazu, dass die Motivation, Probleme zu lösen, sowie die Fähigkeit, aus Erfahrungen zu lernen, nachlässt. Eine weitere mögliche Folge der Erfahrung fehlender Kontrolle sei eine depressive Erkrankung.

Coleman, Andrew M. (2015): A Dictionary of Psychology, 4. Aufl., Oxford: Oxford University Press.

Manufacturing Consent

Die Medienstruktur spiegelt verschiedene Machtverhältnisse wider, z.B. bei der Gestaltung der Medienagenda. Dies ist ein normativer Prozess, an dem nur bestimmte

Akteure mitwirken dürfen bzw. können. Chomsky und Herman kategorisieren »manufacture of consent« als einen Teil der Propaganda von Massenmedien, die durch bestimmte Entscheidungsprozesse entsteht, Informationen limitiert und eine bestimmte Berichterstattung konstruiert (Chomsky/Herman 1988: ix-x). Die Medien agieren nicht unabhängig oder autonom, sondern sind von strukturellen Machtverhältnissen, wie Regierung und Unternehmen, beeinflusst (ebd.: 4). Die Selektion von bestimmten Themen, das Framing sowie das Filtern von Informationen dient einem gesellschaftlichen Zweck, der von einer privilegierten Gruppe gesteuert wird, um eigene wirtschaftliche, soziale und politische Interessen zu fördern (ebd.: 298).

Chomsky, Noam/Herman, Edward S. (1988): *Manufacturing Consent. The Political Economy of the Mass Media*, London: Bodley Head.

Microaggressions

Der Begriff *racial microaggressions*, oder rassistische Mikroaggressionen auf Deutsch, wurde von dem Psychiater Chester Pierce 1970 in seinem Sammelbandbeitrag »Offensive Mechanisms« eingeführt. Sue et al. (2007: 271) definieren Mikroaggressionen wie folgt: »Racial microaggressions are brief and commonplace daily verbal, behavioral, or environmental indignities, whether intentional or unintentional, that communicate hostile, derogatory, or negative racial slights and insults toward people of color. Perpetrators of microaggressions are often unaware that they engage in such communications when they interact with racial/ethnic minorities.« Es kann zwischen drei verschiedene Formen der Mikroaggressionen unterschieden werden: Mikroangriff (*micro-assault*), Mikrobeleidigung (*micro-insult*) und Mikroentwertung (*micro-invalidation*) (Sue et al. 2007: 274f.).

Pierce, Chester M. (1970): »Offensive Mechanisms«, in: Floyd Barrington Barbour (Hg.), *The Black Seventies*, Boston: Porter Sargent Publisher, S. 265–282.

Sue, Derald W. et al. (2007): »Racial Microaggressions in Everyday Life: Implications for Clinical Practice«, in: *The American psychologist* 62.4, S. 271–286, <https://psycnet.apa.org/doi/10.1037/0003-066X.62.4.271>.

Migrationshintergrund/Migration Background

Dieser Begriff wurde vom Statistischen Bundesamt eingeführt, um nicht nur verschiedene Staatsangehörigkeiten in Deutschland zu unterscheiden (primär: die deutsche und andere), sondern auch die Migrationsgeschichte der in Deutschland lebenden Menschen sichtbar zu machen (Will 2022). Ziel war es, diese Personen mit in die Bevölkerungsstatistik einzubeziehen, was nach der im Jahr 2000 in Kraft getretenen Staatsangehörigkeitsreform auch offiziell umgesetzt wurde. »Migra-

tionshintergrund« ist eine zugeschriebene Kategorie und wird folgendermaßen definiert: »Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt« (Statistisches Bundesamt 2019: 4). Der Begriff beschreibt eine heterogene Gruppe und repräsentiert Menschen mit nicht deutscher Herkunft (Razum/Spallek 2009). Der Begriff differenziert nicht nach ethnischer Herkunft (die beispielsweise rassistische, antiziganistische, antisemitische oder antimuslimische Zuschreibungen nach sich ziehen kann) und schließt damit unterschiedliche Erfahrungen aus. Beispielsweise können Personen Rassismuserfahrungen machen und keinen Migrationshintergrund haben (Pürckhauer 2022). Das gilt insbesondere für viele Schwarze Deutsche, deren Familien bereits seit mehreren Generationen in Deutschland leben. Umgekehrt fallen viele Personen in die Kategorie »Migrationshintergrund«, die nicht rassistisch markiert sind – etwa *weiße* Personen, die selbst oder deren Eltern aus Dänemark eingewandert sind.

Pürckhauer, Andrea (2022): »Ciao, Migrationshintergrund?«, in: Mediendienst Integration, 12.04.2022, <https://mediendienst-integration.de/artikel/ciao-migrationshintergrund-1.html> (letzter Zugriff: 13.06.2023).

Razum, Oliver/Spallek, Jacob (2009): »Definition of Migration and of Migrants«, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 01.04.2009, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/58038/definition-of-migration-and-of-migrants/> (letzter Zugriff: 13.06.2023).

Statistisches Bundesamt (2019): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2018, Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt (Destatis), https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/migrationshintergrund-2010220187004.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff: 13.06.2023).

Will, Anne-Kathrin (2022): »Migrationshintergrund – wieso, woher, wohin?«, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 05.02.2020, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/deutschland/304523/migrationshintergrund-wieso-woher-wohin/> (letzter Zugriff: 13.06.2023).

Missrepräsentation

Beschreibt die kolonialen Repräsentationen der kolonisierten und marginalisierten Subjekte aus der Perspektive des westlichen Blicks. Diese sind hegemoniale Darstellungen und (falsche) kulturelle Repräsentationen, die als Gegenpol vermittelt werden, wie z.B. die »Dichotomie Islam-Westen« (Attia 2015: 8f.). Eine Missrepräsentation lässt ein eigenes Bewusstsein entstehen, das die »Selbstbetrachtung« den »Fremden« gegenüberstellt (ebd.: 9). Ein Beispiel dafür ist das deutsche Chinabild,

das vom Altertum bis zur Gegenwart zwischen »Sinophilie« und »Sinophobie« schwankt und in einem Diskurs des Orientalismus einzuordnen ist (Pohl 2008: 83f.).

Attia, Iman (2015). Die »westliche Kultur« und ihr Anderes: Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus, Bielefeld: transcript Verlag.
Pohl, Karl-Heinz (2008): »Unser Chinabild – Von Marco Polo bis heute«, in: Zeitschrift für Qigong Yangsheng, S. 78–90.

Moral Panic

Das soziologische Konzept der »Moral Panic« umfasst, wie bestimmte Personengruppen oder Probleme in der Gesellschaft verurteilt werden. Diese Personengruppen werden für gefährliche und schädliche Vorgänge in der Gesellschaft verantwortlich gemacht. Beispielsweise wird angedeutet, dass sie sich unmoralisch verhalten und sich den Werten und Interessen einer Gesellschaft widersetzen. Dadurch entsteht ein Narrativ, dass bestimmte Maßnahmen eingeleitet werden müssen wie z.B. die Verstärkung von polizeilichen Einheiten oder strengere Gesetze (Goode/Yehuda 2010: 35). *Moral panics* sind emotional aufgeladene Prozesse, bei denen eine Angst vor einer vermeintlichen Bedrohung kommuniziert wird und damit eine Distanz zu bestimmten Personengruppen entsteht (ebd.: 3). Verschiedene Akteure sind verantwortlich für die Panik und glauben an die Wirklichkeit der Gefahr oder Bedrohung: die Öffentlichkeit, Medien, soziale Bewegungen, politisch Verantwortliche und Sicherheitsbehörden sind Akteure, die den Prozess steuern (ebd.: 36, 49). Sie fordern eine notwendige Maßnahme oder Handlung gegen das soziale Problem. Oft werden in diesem Prozess erfundene Behauptungen und übertriebene Figuren konstruiert (ebd.: 49). Einige Elemente dieses Konzepts sind: Feindseligkeit, Besorgnis, Volatilität gegenüber bestimmten Personengruppen, ein Konsens über eine vermeintliche Bedrohung, eine Unverhältnismäßigkeit zwischen der Besorgnis und der Bedrohung. Das Konzept überschneidet sich mit Theorien der Abweichung (*deviance*), der sozialen Konstruktion von Gesetzen, sozialen Problemen, kollektivem Verhalten und sozialen Bewegungen (ebd.: 49).

Cohen, Stan (2017): »Deviance and moral panics«, in: Keith Hayward (Hg.), Cultural Criminology. Theories of Crime, London: Routledge, S. 29–46.
Goode, Erich/Ben-Yehuda, Nachman (2010): Moral panics: The social construction of deviance, 2. Aufl., Chichester: John Wiley & Sons, DOI: 10.1002/9781444307924.

NIMBY

Akronym für »Not in my backyard«. Der Staatssekretär für Umwelt Nicolas Ridley

beschrieb 1980 NIMBY als ein Phänomen, bei dem sich Personen bestimmten Veränderungen in ihrer Nachbarschaft widersetzen, insbesondere wenn sie einen negativen Einfluss auf Immobilienwerte haben oder ein solcher befürchtet wird. Soziale Einrichtungen, Abfalldeponien, unerwünschte Sozialwohnungsbauprojekte, Nuklearanlagen und Flughäfen sind Beispiele dafür (Dear 1992: 288). Gerrard stellt dar, wie NIMBY im Kontext der USA Exklusion und Umweltrassismus fördert und die Privilegien von *weißen* Menschen aufrechterhält, auf Kosten von People of Color (PoC) (Gerrard 1993: 495). Andere Forscher, wie Hubbard, verstehen NIMBY als Rassifizierungsprozess und als Verteidigung von *weißen* Privilegien (Hubbard 2005: 52, 61).

Dear, Michael (1992): »Understanding and overcoming the NIMBY syndrome«, in: Journal of the American Planning Association 58.3, S. 288–300.

Gerrard, Michael B. (1993): »The victims of NIMBY«, in: Fordham Urban Law Journal 21, S. 495.

Hubbard, Phil (2005): »Accommodating otherness: anti-asylum centre protest and the maintenance of white privilege«, in: Transactions of the Institute of British Geographers 30.1, S. 52–65.

Othering

Als »Othering« wird der Prozess bezeichnet, in dem Menschen als Andere konstruiert werden und von einem Wir abgegrenzt und diesem gegenüber abgewertet werden. Durch den Othering-Prozess werden Menschen auf gesellschaftlich konstruierte Kategorien reduziert, z.B. entlang von Klasse, Glaubensvorstellungen, Ethnizität, Sexualität, Gender, Nationalität oder »Rasse«. Diese Kategorien werden hierdurch naturalisiert und dienen der Abwertung und dem Ausschluss bestimmter Personen und Gruppen aus einer dadurch aufgewerteten, normativ konstruierten Wir-Gruppe.

Spivak, Gayatri Chakravorty (1985): »The Rani of Sirmur: An Essay in Reading the Archives«, in: History and Theory 24.3, S. 247–272.

PoC

Das Akronym PoC steht im Singular für »Person of Color« und im Plural für »People of Color«. Der Begriff ist eine politische Selbstbezeichnung und beschreibt Personen und Gruppen, die als nicht *weiß* gelesen werden und infolgedessen Rassismus erleben.

Für weitere Informationen siehe **BIPOC**.

Policy

In der anglophonen Politikwissenschaft wird zwischen drei Ebenen von Politik unterschieden: »polity«, »politics« und »policy«. Bei der Ebene »policy« handelt es sich um die inhaltliche Dimension, welche konkrete politische Maßnahmen innerhalb von Politikfeldern wie Wirtschaftspolitik oder Migrationspolitik umfasst.

Qualitative Datenerhebung

Die qualitative Datenerhebung umfasst verschiedene theoretische sowie methodische Ansätze und wird oft als Gegensatz oder Ergänzung zur quantitativen Datenerhebung verstanden. Qualitative Forschung zeichnet sich durch einen »deutenden und sinnverstehenden Zugang« aus. Während mit quantitativer Datenerhebung in erster Linie repräsentative Daten gesammelt und allgemeine Muster aufgezeigt werden, kann die qualitative Datenerhebung eine »interpretationsrelevante Ergänzung« sein, mit deren Hilfe Bedeutungskonstruktionen untersucht werden (Flick et al. 1995: 3f.).

Flick, Uwe et al. (1995): Qualitative Forschung: Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, 2. Aufl., Reinbek: Rowohlt.

Race/Rasse

Menschliche »Rassen« im biologischen Sinn existieren nicht. Der biologistische Rassenbegriff ist schon lange wissenschaftlich diskreditiert und beruht auf Rassismus. In Abkehr insbesondere von der in den nationalsozialistischen »Nürnberger Rassegesetzen« kulminierenden »Rassenlehre« wird der Begriff »Rasse« in Deutschland in der Regel nicht mehr verwendet und ist – historisch belastet – mit einem starken Tabu belegt. Dennoch taucht das Wort noch als Rechtsbegriff in Diskriminierungsverboten wie Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz auf. Zu Bestrebungen, den Begriff aus dem Gesetz zu streichen, äußern sich Schwarze Autor*innen jedoch auch durchaus kritisch (Kelly 2020). Im englischsprachigen Raum gibt es eine längere und vielfältigere Tradition, die versucht, den Begriff *race* jenseits biologistischer Vorstellungen neu zu besetzen und ihn stattdessen als sozial konstruierte Kategorie umzudeuten, die als unerlässlich für die Analyse rassistischer Unterdrückungssysteme und emanzipatorischer Bewegungen angesehen wird. *Race* und insbesondere *racial consciousness*, also der Prozess, in dem Menschen sich ihrer Rassifizierung und Diskriminierung politisch bewusst werden, können so zur Grundlage für Widerstandspraktiken gegen Rassismus werden. *Race* wird damit zu einem Teil der Selbstdefinition und stiftet Identität zur politischen Selbstartikulation.

Vor diesem Hintergrund stellt sich eine Übersetzung der Begriffe *race* und *racial* ins Deutsche als komplex dar. Es manifestiert sich u.a. in unterschiedlichen Schreibweisen: von der Verwendung der originalen, englischen Begriffe hin zu

verschiedenen Formen der Hervorhebung von »Rasse« (z. B. kursiv, Anführungszeichen), die diese Übersetzungsdistanz zum Ausdruck bringen sollen.

Crenshaw, Kimberlé (1991): »Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color«, in: *Stanford Law Review* 43.6, S. 1241–1299.

Kelly, Natasha A. (2020): »Warum die Grünen falsch liegen. Vorstoß gegen ›Rasse« im Grundgesetz«, in: *tageszeitung*, 01.07.2020, <https://taz.de/Vorstoss-gegen-Rasse-im-Grundgesetz/!5693371/> (letzter Zugriff: 22.06.2022).

Racial Profiling/ethnisches Profiling

Racial Profiling oder ethnisches Profiling beschreibt Polizeipraktiken, bei denen Personen aufgrund von rassialisierten Merkmalen wie Hautfarbe, Haarfarbe, Kleidung, religiöse Symbole oder Sprache für Personenkontrollen, Ermittlungen oder Überwachungen ausgewählt werden. Sowohl der UN-Ausschuss für bürgerliche und politische Rechte als auch der UN-Anti-Rassismus-Ausschuss, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz und die Agentur für Europäischen Union für Grundrechte haben Racial Profiling als menschenrechtlich unzulässig verurteilt (Cremer 2013: 6).

Cremer, Hendrik (2013): »Racial Profiling« – Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz. Empfehlungen an den Gesetzgeber, Gerichte und Polizei, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.

Rassifizierung/Rassialisierung

Als Rassifizierung – teilweise auch Rassialisierung oder Rassisierung genannt – wird in der deutschen Rassismusforschung der Prozess der Einteilung von Menschen in verschiedene Gruppen anhand spezifischer Merkmale verstanden. Diese Merkmale sind historisch variabel und beziehen sich auf unterschiedliche Facetten menschlicher Existenz. Im Verlauf der Zeit haben sich folgende Merkmale etabliert: »a) morpho-physiologische Kennzeichen (diese können sichtbar oder unsichtbar sein, sie gelten als natürlich/evident und als geeignet, Gruppen zu unterscheiden); b) soziologische Kennzeichen (Sprachen, Wirtschaftssysteme, Gewohnheiten, Ernährung, Kleidung, Musik etc.); c) symbolische und geistige Kennzeichen (politische Praktiken, Einstellungen, Lebensauffassungen, kulturelle und religiöse Verhaltensweisen etc.) sowie d) imaginäre Kennzeichen (etwa phantasmatische Vorstellungen von okkultur Macht etc.)« (Guillaumin 1991: 167, 1992: 83). Diese Merkmale und ihre Ausprägungen gelten als »natürlich« und sich biologisch reproduzierend, ebenso wie die auf ihnen basierenden Gruppenkonstruktionen.

Robert Miles, der den Begriff der Rassialisierung maßgeblich geprägt hat, bezeichnet die Konstruktion von Rassen als »Race-Making« (Miles 1992: 23), wodurch Individuen nach einer rein ideologischen Definition einer bestimmten »Rasse« zugeordnet werden. Es handelt sich folglich um eine Praxis des »Rasse-Machens« (Miles 1992: 22), die Gruppen machtvoll differenziert. Mark Terkessidis spricht hier von einer »Urform der Naturalisierung von Unterschieden« (Terkessidis 2004: 98). Umstritten ist, ob es einer expliziten negativen Bewertung der jeweiligen Gruppen bzw. ihrer Mitglieder bedarf, oder ob nicht die beschriebene Art der Differenzkonstruktion immer schon auf einer mindestens implizierten Wertung basiert (ebd.: 99). Teilweise wird eine explizite Bedeutungszuweisung über eine Stereotypisierung, also die Zuschreibung bestimmter Eigenschaften, verlangt. Rassifizierung beschreibt demnach sowohl einen Prozess, in dem rassistisches Wissen erzeugt wird, als auch die Struktur dieses rassistischen Wissens.

Eggers, Maureen Maisha (2005): »Rassifizierte Machtdifferenz als Deutungsperspektive in der kritischen Weißseinsforschung in Deutschland«, in: dies. et al., *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*, Münster: Unrast, S. 56–72.

Essed, Philomena (1991): *Understanding Everyday Racism. An Interdisciplinary Theory*, London: Sage.

Guillaumin, Colette (1991): »RASSE. Das Wort und die Vorstellung«, in: Uli Bielefeld (Hg.), *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?*, Hamburg: Junius, S. 159–173.

Miles, Robert (1992): »Der Zusammenhang von Rassismus und Nationalismus: Die Perspektive des vereinigten Königreichs«, in: Rudolf Leiprecht (Hg.), *Unter Anderen: Rassismus und Jugendarbeit*, Duisburg: DISS, S. 20–43.

Terkessidis, Mark (2004): *Die Banalität des Rassismus*, Bielefeld: transcript Verlag.

Sans Papiers

Sans Papiers sind Migrant*innen, die keinen geregelten Aufenthaltsstatus haben. Der Begriff kommt aus dem Französischen und bedeutet »Papierlose«. Er entstand als Selbstbezeichnung in den 1990er Jahren in Frankreich, als Migrant*innen ohne Aufenthaltserlaubnis für ein Bleiberecht für alle kämpften (Bischoff 2022: 175).

Bischoff, Doerte (2022): »Sans Papiers«, in: Doerte Bischoff/Bettina Bannasch/Burcu Dogramaci (Hg.), *Exil, Flucht, Migration: Konfligierende Begriffe, ver-netzte Diskurse?*, Berlin: De Gruyter, S. 175–185.

Self-Organization/Selbstorganisation

Antirassistische Widerstände und Migrant*innenbewegungen blieben lange in den Medien und der öffentlichen Auseinandersetzung unsichtbar. Migrant*innen-selbstorganisationen sind wichtig für politisches Handeln, für die Kompetenzerweiterung betroffener Personen und sind ein Zusammenschluss von Akteur*innen mit den gleichen Interessen und Motivationen: »Selbstorganisation gründet auf Betroffenheit, setzt Teilnahme voraus und richtet sich wider das Prinzip der Stellvertretung, das immer auch Verstellung ist« (A3 – Initiative Minderheiten 2006: 31). Selbstorganisationen bilden ihre eigenen Definitionen und Kategorien, setzen sich dabei von hegemonialen Strukturen ab, um ihre Perspektive zu kommunizieren (ebd.: 43). Sie leisten außerdem Vernetzungsarbeit mit NGOs.

A3 – Initiative Minderheiten (Hg.) (2006): Migrantische Selbstorganisation als politische Handlung, Wien: A 3, https://initiative.minderheiten.at/wordpress/wp-content/uploads/2019/05/04_WIP.pdf (letzter Zugriff: 14.06.2023).

Sozialchauvinismus

Ursprünglich wurde der Begriff des Sozialchauvinismus von Wladimir I. Lenin (1915) vor dem historischen Hintergrund des Ersten Weltkriegs und der Bewilligung der Kriegskredite durch Sozialdemokraten benutzt. Sozialchauvinisten waren für Lenin all diejenigen, die dem Krieg zustimmten und damit im Interesse der Bourgeoisie handelten, während sie weiterhin vorgaben, die Interessen der Arbeiter*innenklasse zu vertreten. Mittlerweile wird Sozialchauvinismus jedoch im Sinne des Begriffs Klassismus verwendet. Er beschreibt die Diskriminierung und Unterdrückung von Menschen aufgrund ihrer sozial-ökonomischen Position oder Herkunft (Kemper 2016: 6–8).

Kemper, Andreas (2016): Klassismus. Eine Bestandsaufnahme, Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen.

Lenin, Wladimir I. (1915): Sozialismus und Krieg (Die Stellung der SDAPR zum Krieg), Genf: Verlag des Sozial-Demokrat.

Substantialismus/substantialistisch

Substantialistische bzw. essentialistische Erklärungen von Antisemitismus verstehen Antisemitismus als ein gesellschaftliches Verhältnis, welches nicht historisch kontingent ist, sondern »natürlich« und fortwährend in Gesellschaften vorkommt, in denen Jüdinnen und Juden leben. Dabei gehen diese Erklärungen sowohl von einem monolithischen, sich nicht verändernden Judentum als auch Antisemitismus aus. Substantialistische Konzeptionen von Antisemitismus gehen damit von einem

elementaren »Wesen des Judentums« aus, welches die Ursache des Antisemitismus darstellt. Somit werden Jüdinnen und Juden selbst für ihre Unterdrückung verantwortlich gemacht. In Abgrenzung dazu beleuchten funktionalistische Erklärungsansätze die Wechselwirkungen zwischen historischen Entwicklungen und Antisemitismus. Diese beiden Modelle sind jedoch eher »theoretische Hilfskonstruktionen« und beschreiben Idealtypen, die so nicht existieren (Schäfer 2020: 12–13).

Schäfer, Peter (2020): *Kurze Geschichte des Antisemitismus*. Piper.

Überzivilisation

Kolonialrassistische Motive beinhalten zumeist eine Gleichstellung der Stigmatisierten mit »Natur«, antiziganistische Motive sind in der Regel geprägt durch die Vorstellung einer »archaischen« Gesellschaftsform als Anhängsel der eigenen »entwickelten« Gesellschaft, und antisemitische Motive entspringen vorwiegend Imaginationen von »Überzivilisiertheit«. Diese Imaginationen der Überzivilisiertheit sind verbunden mit Vorstellungen von Urbanität, Modernität, Intellektualität und Kosmopolitismus, die wiederum als Grundlage für Mythen von der »jüdischen Weltverschwörung« dienen (Stögner 2018: 68).

End, Markus (2019): »Die Dialektik der Aufklärung als Antiziganismuskritik. Thesen zu einer Kritischen Theorie des Antiziganismus«, in: Peters, Katharina/Vennmann, Stefan (Hg.), *Nichts gelernt?! Konstruktion und Kontinuität des Antiziganismus*, Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS).

Stögner, Karin (2018): »Natur als Ideologie: Zum Verhältnis von Antisemitismus und Sexismus«, in: Grimm, Marc/Kahmann, Bodo: *Antisemitismus im 21. Jahrhundert: Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror*, Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg, S. 65–86, <https://doi.org/10.1515/9783110537093-004>.

Underreporting

Underreporting ist ein Problem in der quantitativen Datenerhebung. Es beschreibt den Fall, wenn die Erfassung bestimmter Ereignisse unvollständig ist. Je nach Disziplin und Thema der Forschung gibt es unterschiedliche Gründe für Underreporting (Neubauer et al. 2011: 86).

Neubauer, Gerhard/Djuras, Gordana/Friedl, Herwig (2011): »Models for Underreporting: A Bernoulli Sampling Approach for Reported Counts«, in: *Austrian Journal of Statistics* 40.1/2, S. 85–92.

Unterschichtung

Im Rahmen des Integrations- und Migrationsdiskurses wird die Unterschichtungsthese verwendet, um zu beschreiben wie »Migrant_innen in die untersten Positionen des sozialen Schichtungsgefüges eintreten, während die »Einheimischen« neue, höhere Positionen besetzen« (Koch 2018). Hoffmann-Nowotny (1987) verwendete diese These im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Bildungserfolgen von Kindern aus Zuwanderfamilien und um die unterlegene Position von ethnischen Minderheiten in der Sozialstruktur europäischer Gesellschaften darzustellen. Eine Unterschichtung ist beispielsweise an den Stellenbesetzungen auf dem Arbeitsmarkt erkennbar (Granato/Kalter 2001).

Granato, Nadia/Kalter, Frank (2001): »Die Persistenz ethnischer Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt«, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 53.3, S. 497–520.

Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1987): »Gastarbeiterwanderungen und soziale Spannungen«, in: Helga Reimann/Horst Reimann (Hg.), Gastarbeiter, 2. Aufl., Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 46–66.

Koch, Ute. (2018): »Integrationstheorien und ihr Einfluss auf Integrationspolitik«, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 18.05.2018, <https://www.bpb.de/themen/migrationintegration/kurzdossiers/integrationspolitik/269373/integrationstheorien-und-ihr-einfluss-auf-integrationspolitik/> (letzter Zugriff: 22.06.2023).

Unzivilgesellschaft

Der Begriff der unzivilen Gesellschaft steht für Teile und Ausprägungen der Zivilgesellschaft, die eine Bedrohung für liberale demokratische Werte darstellen. Er wird außerdem benutzt, um andere gesellschaftliche Akteure, wie kriminelle oder terroristische Organisationen oder ausschließende Zusammenschlüsse zu benennen (Roggeband/Glasius 2020: 1).

Roggeband, C./Glasius, M. (2020): »Uncivil Society«, in: R.A. List et al. (Hg.), International Encyclopedia of Civil Society, Springer, https://doi.org/10.1007/978-3-319-99675-2_6-1.

Yellowfacing

Das »Yellowfacing« beschreibt eine rassistische und stereotypisierende Praktik, bei der weiße Schauspieler*innen Asiatische Personen herabwürdigend darstellen und versuchen, ihre ethnische Herkunft durch klischeehafte physische Merkmale zu manipulieren. Als Teil der amerikanischen Populärkultur erschien das »Yellowface«

in Karikaturen, auf Titelblättern, Theaterstücken und bei musikalischen Auftritten; asiatische Personen waren auf der Bühne nicht zugelassen. »Yellowface« ähnelt dem »Blackface« der 1830er Jahre, bei dem Afroamerikaner*innen durch lächerlich machende Kostüme, Sprechweise und Auftreten parodiert wurden (Moon 2005: 6). Beide Praktiken verwendeten dieselben Mechanismen einer rassifizierten Imitation von Afroamerikaner*innen und Asiat*innen (Metzger 2004: 631). Weiße Zuschauer*innen haben diese Darstellungen als authentische Verkörperung wahrgenommen (Moon 2005: 8). Noch bevor chinesische Zuwander*innen in den USA durch Gesetze wie das 1882 Chinese Exclusion Act systematisch ausgegrenzt wurden, entstand diese rassifizierte Weltbild von *weißen* Amerikaner*innen über Asiatische Personen. Diese Inszenierung gehört zum Othering-Prozess, da hier eine ethnische Gruppe als kulturelles Gegenstück repräsentiert und abgelehnt wird (Lee 1998: 95). Yellowfacing lässt sich in den Kontext des Orientalismus und Whitewashing einordnen, der auch heute noch in Hollywoodfilmen kritisiert wird.

Lee, Josephine D. (1998): *Performing Asian America: Race and ethnicity on the contemporary stage*, Philadelphia: Temple University Press.

Metzger, Sean (2004): »Charles Parsloe's Chinese Fetish: An Example of Yellowface Performance in Nineteenth-Century American Melodrama«, in: *Theatre Journal* 56.4, S. 627–651.

Moon, Krystyn R. (2005): *Yellowface: creating the Chinese in American popular music and performance, 1850s-1920s*. New Brunswick: Rutgers University Press.